

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zu Gast bei der 113. Bundesdelegiertenversammlung des Familienbundes in Berlin

„Familien engagieren sich“ lautete das Motto der 113. Bundesdelegiertenversammlung des Familienbundes vom 23. bis 25. April in Berlin. Gast der Eröffnungsveranstaltung war diesmal Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder (CDU).

In ihrer Rede vor den rund 100 Delegierten aus ganz Deutschland betonte Kristina Schröder, an der geplanten Ausweitung des Elterngeldes um zwei weitere Partnermonate festhalten zu wollen. „Ich will die Zahl der Partnermonate erhöhen und damit die partnerschaftliche, gemeinsame Fürsorge fördern, die viele junge Paare sich wünschen. Liebe Frau Bußmann, liebe Delegierte des Familienbundes, herzlichen Dank, dass Sie mich bei der Weiterentwicklung des Elterngeldes unterstützen!“

Zuvor hatte die Präsidentin des größten deutschen Familienverbandes, Elisabeth Bußmann, an Kristina Schröder appelliert, sich allen Plänen, familienbezogene Leistungen zu kürzen oder zu streichen, entschieden zu widersetzen. „Familien sind in diesem Land bereits über Gebühr belastet mit Steuern und Abgaben. Das sehen wir unter anderem leidvoll daran, dass Kinder in unserem reichen Land die ärmste Bevölkerungsgruppe sind. Und arme Kinder haben arme Familien“, sagte Elisabeth Bußmann.

„Die Fürsorge der Familien lässt sich nicht delegieren“

Das, was Familien ausmache, sei jedoch nicht nur eine Frage des Geldes oder der Infrastruktur, sondern in erster Linie der Zeit, sagte Kristina Schröder weiter. „Mit Interesse verfolge ich daher, dass Sie die Initiative für einen arbeitsfreien Sonntag unterstützen. Familie braucht verlässliche Zeiten – das sehe ich genauso wie Sie“. Für eine gelungene Zeitpolitik müsse das Familienleben bei Bedarf auch „Taktgeber für die Arbeitswelt“ sein. Dazu gehöre auch, dass Beruf und Pflege ebenso miteinander vereinbar sein müssen wie Beruf und Kinder, sagte die Bundesfamilienministerin. Ein Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf eine Familienpflegezeit von bis zu zwei Jahren löse nicht alle Probleme, sei aber ein wichtiger Schritt, der es Menschen ermögliche, sich Zeit für hilfs- und pflegebedürftige Angehörige zu nehmen. „Wer wüsste besser als Sie, dass sich nicht delegieren oder gar ersetzen lässt, was Familien an Fürsorge und Unterstützung leisten“, so Kristina Schröder.

Elisabeth Bußmann hatte der Bundesfamilienministerin bei der Umsetzung ihrer Pläne für eine zweijährige Pflegezeit die Unterstützung des Familienbundes zugesichert, gleichzeitig jedoch auch eine ausreichende finanzielle Absicherung der pflegenden Angehörigen angemahnt. „Dieser Vorschlag weist in die richtige Richtung. Familien brauchen dringend eine stärkere Unterstützung der Gesellschaft bei der Pflege ihrer Angehörigen“, so Elisabeth Bußmann. Insgesamt tut der demografische Wandel unserer Gesellschaft nach Ansicht der Bundesfamilienministerin der Bedeutung der Familie keinen Abbruch. „Der

Zusammenhalt der Generationen ist selbstverständlich und riesig“, sagte Kristina Schröder.

Rundgang über die „Familienbund-Meile“

Gleich nach ihrer Ankunft hatte sich Kristina Schröder bei einem Rundgang über die „Familienbunds-Meile“ einen Eindruck von der Arbeit des Familienbundes verschaffen können. Dort hatten die Diözesan- und Landesverbände ihre Projekte zur Familien- und Eheberatung, Familienerholung oder Interessensvertretung präsentiert, darunter auch die Initiative „Mehrkinderwagen“. Bei dieser Initiative hatte der Familienbund vor der Bundestagswahl im vergangenen Jahr zu einer Abstimmung über fünf familienpolitische Forderungen aufgerufen. Rund 10.000 Teilnehmer beteiligten sich und gaben den Forderungen nach einem höheren Kindergeld, mehr Zeit für Familien und weiteren Maßnahmen gegen Kinderarmut die höchste Priorität. Nachdem zum Start der Initiative „Mehr Kinderwagen“ im April 2009 Bundeskanzlerin Angela Merkel Gast des Familienbundes war, überreichte Elisabeth Bußmann am Freitagabend Kristina Schröder das Ergebnis dieser Familienwahl, präsentiert in Form einer Torte. „Wie bei einem Rezept für einen guten Kuchen braucht auch das Rezept für eine gelungene Familienpolitik viele Zutaten“, sagte Elisabeth Bußmann. Die Ministerin entgegnete, es hätte „bestimmt keiner Torte bedurft, um mein Interesse an Ihrer Initiative „MehrKinderwagen“ zu wecken.“

Auf dem Programm der Fachtagung standen außerdem ein Vortrag des Politikwissenschaftlers Dr. Rudolf Speth zu den Perspektiven eines Non-Profit-Verbandes in der politischen Interessenvertretung, eine Referat der EKD-Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx zur Bedeutung religiöser Bindung für das zivilgesellschaftliche Engagement mit einer Vorstellung der Initiative „Geben gibt.“ sowie ein Gottesdienst mit Georg Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin. Eine ausführliche Dokumentation können Sie in der kommenden Ausgabe 3/2010 unserer „Stimme der Familie“ lesen.

Berlin, 26.4.2010

Claudia Hagen
Pressereferentin

Familienbund der Katholiken
Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstr. 13
10117 Berlin
Tel: 030-326 756 0
Fax: -20
www.familienbund.org